

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Klaus Lennartz MdB mahnt die Förderung ökologischer Modernisierungsmaßnahmen durch die Bundesregierung an: Atomlobbyismus ersetzt kein energiepolitisches Konzept. Seite 1

Manfred Reimann MdB weist auf die neue Wohnungsnot hin: Skandalöse Wohnungssituation in Ludwigshafen. Seite 2

Horst Jungmann MdB bewertet das Szenario der heute beginnenden NATO-Stabsrahmensübung: Wintex vernichtet, was zu sichern wäre. Seite 3

Heinz Menzel MdB verlangt ein Wort des Kanzlers zur neuen Kohlediskussion: Bergleute fühlen sich verschaukelt. Seite 4

44. Jahrgang / 39

24. Februar 1989

Atomlobbyismus ersetzt kein energiepolitisches Konzept

Bundesregierung verspielt Zukunftschancen

Von Klaus Lennartz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Wir brauchen eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft, in der intelligente Energiespar-Produkte wie zum Beispiel moderne Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad für die Eroberung des Weltmarktes gefördert werden. Dadurch könnte auch weltweit der am sogenannten Treibhauseffekt beteiligte Kohlendioxid-Ausstoß gesenkt werden.

Die Bundesregierung verspielt allerdings mit ihrer einseitigen Atompolitik diese wichtige Zukunftschance für die deutsche Wirtschaft. In den neunziger Jahren wird sich dies unter wachsendem Konkurrenzdruck unter den Industriestaaten rächen.

Die Bonner Koalition hat die achtziger Jahre auch in der Energiepolitik vergeudet und statt einer verantwortlichen, gesamtstaatlichen und gesellschaftlichen Energiepolitik lediglich Atom-Lobbyismus betrieben.

Antikohle-Politik, wachsende Energieverschwendung, Abkehr von der heimischen Kohle und wachsende Abhängigkeit von Importenergien sind die traurigen Wesensmerkmale christliberaler Politikenthaltbarkeit im Energie-Bereich.

Bonn pumpt Geld in den Schnellen Brüter, den Hochtemperaturreaktor, Wiederaufbereitungsanlage und Endlagerung - zwischen 1.000 und 1.500 Millionen Mark pro Jahr - während für rationelle Energienutzung gerade noch bescheidene 100 Millionen Mark im Forschungsetat zu finden sind.

Die Förderung der Fernwärme und die Abschreibungsmöglichkeiten für Energiespar-Investitionen sind Zug um Zug abgebaut worden. (-/24.2.1989/vo-he/st)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presserhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos im Umfang
zu veröffentlichen
Redaktions-Papier



Skandalöse Wohnungssituation in Ludwigshafen

Die Einkommensschwachen müssen gefördert werden

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag

Die Wohnungssituation in Ludwigshafen hat sich in den vergangenen Monaten bis zur sozialen Unerträglichkeit zugespitzt. In meinem Bürgerbüro werde ich täglich von jungen und alten Menschen um Rat gefragt, die an der Unmöglichkeit eine Wohnung zu finden fast verzweifeln. Auch das Abklappern aller Immobilien-Büros bleibt für viele erfolglos. Die Menschen in unseren Städten müssen jetzt die Untätigkeit der Bundesregierung im sozialen Wohnungsbau und ihren Abschied aus der sozialen Verantwortung im Mietrecht ausbaden. Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Bundesregierung. Schon vor zwei Jahren, vor der letzten Bundestagswahl, habe ich vor den Folgen konservativer Wohnungspolitik und vor dem Abbau der Rechte der Mieter gewarnt. Damals gab es in Ludwigshafen cirka 3.000 Wohnungssuchende, heute sind es nach Auskunft der GAG in Ludwigshafen fast 3.800, und die Zahlen und damit die Not der Menschen steigen ständig.

Bei der GAG in Ludwigshafen hat sich die statistische Wartezeit auf eine Wohnung gegenüber 1987 von drei bis vier Jahren auf fünf Jahre erhöht. Bei den Fünf-Zimmerwohnungen sind das 22 Jahre. Es läßt sich erahnen, was das für die 383 wohnungssuchenden kinderreichen Familien in unserer Stadt, die bei der GAG gemeldet sind, heißt. Das ist krasseste Wohnungsnot für die ohnehin sozial benachteiligten Familien in unserer Stadt. Nach GAG-Angaben erhält nur jeder vierte Bewerber die Möglichkeit, eine Wohnung zu finden; drei Viertel der Wohnungsbedürftigen gehen leer aus. Die GAG konnte 1987 rund ein Drittel der Wohnungswünsche nicht erfüllen. In Ludwigshafen ebenso wie in allen anderen bundesdeutschen Städten und Gemeinden muß die Wohnungsmisere endlich beseitigt werden.

Obwohl die Stadt Ludwigshafen ihre finanziellen Rücklagen angreift und bereit ist, sogar finanzielle Verschuldung zur Beseitigung der Wohnungsnot auf sich zu nehmen, kann ausreichender Wohnraum nur mit Bundes- und Landesmitteln gebaut werden.

Deshalb fordern wir Sozialdemokraten eine Erhöhung der Förderung für einkommensschwache Wohnungssuchende, eine sofortige Anpassung des Wohngeldes unter besonderer Berücksichtigung kinderreicher Familien und Alleinerziehender und eine deutliche Reduzierung der höchstzulässigen Mietpreiserhöhungen. Wir sind entsetzt über die rechtlich abgesicherten Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen, die den Mieterschutz endgültig auszuhöhlen drohen. (-/24.2.1989/vo-ha/st)

* * *

Wintex vernichtet, was zu sichern wäre
Die Übung basiert auf irrealen Voraussetzungen

Von Horst Jungmann MdB

Heute beginnt die NATO-Stabsrahmenübung Wintex/Cimex. Die minimale Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein ist vor einigen Tagen von der Bundesregierung kritisiert worden. Im folgenden möchte ich noch einmal begründen, weshalb die schleswig-holsteinische SPD und die von ihr getragene Regierung die Stabsrahmenübung für anachronistisch und kontraproduktiv erachtet:

Die Übung basiert auf irrealen Vorannahmen, setzt eine Fehlinterpretation des Nordatlantischen Vertrages voraus, blendet jedes politische Krisenmanagement aus und vernichtet, was zu sichern wäre. „Nebenbei“ stört Wintex so den gegenwärtigen Abrüstungs- und Entspannungsprozeß.

Die Bundesregierung will glauben machen, daß in der am 24. Februar beginnenden NATO-Stabsrahmenübung Wintex/Cimex Verfahren zur Beherrschung von Krisen geübt werden. Es ist jedoch zutiefst heuchlerisch, den Eindruck zu erwecken, man bemühe sich in dieser Übung, das Entstehen des Verteidigungsfalles und des Krieges zu vermeiden. Vielmehr wird darin unter Außerachtlassung jeglicher Realität mit allen Mitteln darauf hingesteuert, daß es zu einer übungsmäßigen kriegerischen Auseinandersetzung mit erheblichen Verlusten im militärischen und zivilen Bereich kommt.

Um das vorgegebene Übungsziel - Simulation von Einsatz und Freigabeverfahren für Nuklearwaffen - zu erreichen, wird alles getan, eine dramatische Unterlegenheit des westlichen Bündnisses vorzugeben.

Da selbst unter den Schwarzsehern in militärischen Fachkreisen während der kurzen Übungszeit ein Unterliegen der NATO-Streitkräfte nicht glaubhaft dargestellt werden kann, wird durch die Fiktion massierter Angriffe der Sowjetunion mit chemischen Waffen, durch künstlich erfundene Sabotageakte, Demonstration und Streiks die Verteidigungsfähigkeit des Westens gebrochen und damit der erste nukleare Einsatz provoziert.

Neben dem bisherigen Übungsziel, den Ersteinsatz von Nuklearwaffen im Freigabeverfahren zu üben, ist das Szenario der Übung 1989 so auf Eskalation angelegt, daß daraus zwingend der Folgeinsatz von Atomwaffen (follow-on-use) erfolgt. Atomwaffen werden in dieser Übung nicht als politische Waffe zur Beendigung einer militärischen Auseinandersetzung benutzt, sondern als Kriegsführungswaffe eingesetzt.

Die Ursachen für die in der Übung angenommene plötzliche Krisenentwicklung in Europa widersprechen in einem solchen Maße der Realität, daß man sich über ihre Erfinder nur wundern kann: Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage im Bereich der Warschauer Pakt-Staaten, Fortsetzung des Golfkrieges mit Ölverknappung sowie politische Krise und Aufruhr in Jugoslawien reichen demnach aus, daß die Rote Armee in Jugoslawien einrückt und damit den Westen zur Mobilisierung herausfordert.

Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich die Grundlage für eine westliche Mobilmachung sein könnte, da doch alle von dieser konstruierten Krise betroffenen Staaten nicht der NATO angehören. Der NATO-Vertrag sieht schließlich nur gegenseitige Unterstützung vor, wenn ein NATO-Staat angegriffen wird.

Durch die Mitwirkung und Förderung einer derart angelegten Übung und ihre „Information“ darüber wird die Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Ost und West nicht glaubwürdiger. Angesichts der Initiativen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes wären NATO und Bundesregierung gut beraten, dieses gespenstische Planspiel aus den Zeiten des Kalten Krieges nicht zu wiederholen, sondern ganz einfach die Übung abzusetzen.

Das Festhalten an dieser Übung zeigt: Zum einen wird der Einsatz gerade der Atomwaffen geübt, über deren Modernisierung sich die Bundesregierung mit den USA zur Zeit angeblich noch nicht einig ist. Zum anderen macht es deutlich, daß die Bundesregierung auch für die Zukunft auf eine Strategie setzt, die auf die Eskalationsfähigkeit mit Atomwaffen aufbaut, auf eine Sicherheitsstrategie also, die vernichtet, was sie zu sichern vorgibt.“
(-/24.2.1989/vo-he/st)

Bergleute fühlen sich verkauft!

Der Kanzler muß endlich handeln

Von Heinz Menzel MdB

Durch die bekanntgewordenen Papiere aus dem Wirtschaftsministerium ist das Vertrauen der Bergleute erschüttert. Sie fragen sich, was das Wort des Bundeskanzlers noch wert ist, wenn in seinem zuständigen Ministerium Sandkastenspiele - anders sind die Papiere nicht zu verstehen - gemacht werden, bei denen so getan wird, als gäbe es das „Kanzlerwort“ an die Bergleute nicht.

Diese Unruhe ist verständlich. Die Tinte unter der Vereinbarung der letzten Kohlerunde vom Dezember 1987 ist kaum trocken. Alle am damaligen Tisch sind bis an die Grenze des Zumutbaren gegangen. Jeder hat nun seine Verpflichtungen zu erfüllen. Was hat sich seit Dezember 1987 verändert, daß schon wieder eine Diskussion über weitere notwendige Anpassungsmaßnahmen vom Zaun gebrochen wird?

Der Absatz an die Stahlindustrie ist infolge des Stahlbooms besser als damals erwartet. Der Ölpreis ist von damals DM 123/t auf DM 185/t gestiegen. Das bedeutet, daß sich die Kassenlage des Fonds, in den der Kohlepfeilig einfließt, 1989 um 500 Millionen DM verbessern wird. Die jetzige Diskussion über weitere notwendige Anpassung ist also ohne Not vom Zaun gebrochen worden. Diejenigen, die damals in der CDU ihr ganzes Prestige für die Steuerbefreiung für Flugbenzin eingesetzt haben, brauchen weiter nichts zu tun, als sich mit dem gleichen Engagement für die Erfüllung ihrer Verpflichtung aus der Kohlerunde 1987 einzusetzen.

Die Bergleute haben unser Land noch nie im Stich gelassen. Sie haben einen Anspruch, daß man auch sie nicht im Stich läßt. Daran sollte der Kanzler und die Regierung denken. Das Vertrauen der Bergleute und ihrer Familien ist mehr wert als ein Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, der ohne Rücksicht auf politische Folgen gedankliche Sandkastenspiele macht und damit eine ganze Region in Unruhe versetzt. Oder sollte sein Minister hinter ihm stehen? Auf jeden Fall ist der Kanzler gefragt! Er muß nun handeln!

(-/24.2.1989/vo-he/st)

* * *